



Nr. 8

5. März 2015

Inhalt

[Einkommensrunde 2015: Mangelnde Verhandlungsbereitschaft der Arbeitgeber Landesdienstbeschäftigte protestierten in München, Saarbrücken und Magdeburg](#) +++
[Steigende Flüchtlingszahlen – Dauderstädt: Behörden nicht alleine lassen](#) +++
[Bündnis für Koalitionsfreiheit verabschiedet Resolution - dbb: Bundestag muss Verfassungsbruch verhindern](#) +++
[Mahnwachen vor CDU- und SPD-Zentralen – Widerstand gegen Gesetzesvorhaben wächst](#) +++
[Tarifverhandlungen Landesbeschäftigte vertagt – Russ: „Wir brauchen ein werthaltiges Angebot und greifbare Ergebnisse“](#) +++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Behördenverlagerung: BBB kündigt „intensive Prüfung“ an](#) +++
[Schwitzer zur Neuordnung der Lehrerbeseoldung: Mogelpackung](#) +++
[Niedersächsisches Besoldungsgesetz: Landesregierung verfehlt Ziel](#) +++
[GDL: Verhandlungen werden fortgesetzt](#) +++
[DPoIG Bundespolizeigewerkschaft warnt vor Verlusten durch Privatisierung](#) +++

Namen und Nachrichten+++

aktuell

Informationsdienst des dbb

Einkommensrunde 2015: Mangelnde Verhandlungsbereitschaft der Arbeitgeber Landesdienstbeschäftigte protestierten in München, Saarbrücken und Magdeburg

(dbb) Nachdem die Arbeitgeber auch die zweite Runde der Tarifverhandlungen über Einkommen und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten der Länder am 27. Februar 2015 in Potsdam ohne konkretes Angebot für eine lineare Erhöhung der Löhne und Gehälter zu Ende gehen ließen, brachten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes ihren Unmut unter anderem in München, Saarbrücken und Magdeburg zum Ausdruck.

Am 3. März 2015 trafen sich in **München** 1.500 bayerische Landesbeschäftigte, darunter aus dem Straßenverkehrsdienst, der Polizei, dem Justizvollzugsdienst und der Finanzverwaltung, marschierten vom Sitz der bayerischen Landesregierung durch die Innenstadt und versammelten sich auf dem Odeonsplatz zu einer Kundgebung.

„Ihr arbeitet in den verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes dafür, dass Bayerns Infrastruktur rund um die Uhr funktioniert. Das wissen natürlich auch die Arbeitgeber. Und deshalb muss auch ihnen klar sein, dass wir uns nicht mit Peanuts abspeisen lassen“, sagte der dbb Verhandlungsführer Willi Russ unter dem Beifall der Demonstranten. „Gerade in den unteren und mittleren Einkommensgruppen brauchen wir eine deutliche soziale Komponente. Und wir brauchen jetzt den nahtlosen Anschluss an die Tarifeinigung bei Bund und Kommunen vom Frühjahr 2014, denn gegenüber dem TVöD-Bereich beträgt der Einkommensrückstand zum 1. März 2015 3,9 Prozent – das sind durchschnittlich 122 Euro monatlich weniger für die Landesbeschäftigten.“

„Wir alle wollen heute auch ein Signal in andere Bundesländer aussenden: Schluss mit der Sparwut diverser Landesregierungen gegenüber dem öffentlichen Dienst. Bayern kann – nicht nur hier - als Vorbild dienen“, machte der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), Rolf Habermann, deutlich. „Wir wollen, dass gut und fleißig arbeitende Menschen anständig bezahlt werden und ihnen nicht jedes Jahr erneut in die Tasche gegriffen wird, um dubiose Haushaltslöcher zu stopfen! Wir stimmen Staatsminister Söder ausdrücklich zu, wenn er dafür eintritt, dass gute Arbeit auch anständig bezahlt werden muss.“

„Wenn die Gehälter des öffentlichen Dienstes so steigen würden, wie die Mieten in München und Umgebung, dann bräuchten wir hier heute nicht zu stehen“, brachte Jörg Kothe, der Vor-

sitzende der bayerischen dbb jugend, ein Kernproblem junger Beschäftigter auf den Punkt. „Finanzminister Söder hat zugesagt, die Tarifergebnisse zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten zu übertragen. Wir kämpfen hier für ein gutes Tarifergebnis und nehmen unseren Minister beim Wort!“

Saarländische Beschäftigte im Landesdienst traten am 5. März in den Warnstreik. Kolleginnen und Kollegen aus Ministerien, Landesämtern, Finanzämtern sowie Autobahn- und Straßenmeistereien folgten dem Aufruf des dbb saar. Höhepunkt war eine Protestkundgebung auf dem Tbilisser Platz in **Saarbrücken**, zu der mehr als 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmer gekommen waren – unter ihnen auch zahlreiche Beamte, die in ihrer Freizeit beziehungsweise Mittagspause die gemeinsamen Forderungen unterstützten.

Siegfried Damm, stellvertretender Vorsitzender der dbb Bundestarifkommission und Bundesvorsitzender der Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten VDStr., sagte vor den Demonstranten: „Weil die Arbeitgeber sich nicht bewegt haben, machen die Beschäftigten mit Warnstreiks hier an der Saar und in anderen Ländern klar: Wir brauchen endlich greifbare Ergebnisse! Die Kolleginnen und Kollegen erwarten gutes Geld für ihre gute Arbeit.“

Der Landesvorsitzende des dbb saar, Ewald Linn, machte klar: „Die Einkommensrunde wird für den dbb erst dann beendet sein, wenn Landesregierung und Landesgesetzgeber auch den Landes – und Kommunalbeamten sowie den Versorgungsempfängern eine Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung zugesichert haben – das heißt eine Übertragung des materiellen Gehalts der Tarifeinigung auf den Beamtenbereich.“

Am Vortag waren Tarifbeschäftigte und Beamte in ihrer Mittagspause solidarisch vereint in **Magdeburg** auf die Straße gegangen. Mit Protest reagierten sie in der „Aktiven Mittags-

pause“ darauf, dass Finanzminister Jens Bullerjahn als Chef der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) auch in der zweiten Potsdamer Verhandlungsrunde kein verhandelbares Angebot vorgelegt hat

Wolfgang Ladebeck, Vorsitzender des dbb sachsen-anhalt, wies vor den circa 250 Teilnehmern darauf hin, dass es Sachsen-Anhalt finanziell so gut geht wie schon lange nicht mehr. „Einen Anteil daran, dass Sachsen-Anhalt finanzpolitisch auf Kurs ist, haben auch die Tarifbeschäftigten und die Beamtinnen und Beamten im Land. 60 Millionen Euro Reformrendite aus Personalabbau und Strukturveränderungen haben dazu beigetragen, die Finan-

zen des Landes zu konsolidieren. Dazu kommen Personalkosteneinsparungen bei den Beamten durch die Kostendämpfungspauschale in der Beihilfe und in der Heilfürsorge. Weihnachts- und Urlaubsgeld gibt es schon lange nicht mehr. Außerdem wurde das Tarifergebnis aus der Einkommensrunde 2013 in Sachsen-Anhalt erst sechs Monate später auf die Beamten übertragen. Deshalb ist die Einkommensrunde 2015 für uns erst zu Ende, wenn das Tarifergebnis zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten im Land und in den Kommunen übertragen worden ist“, machte der dbb Landeschef klar.
(01/08/15)

Steigende Flüchtlingszahlen – Dauderstädt: Behörden nicht alleine lassen

(dbb) Für eine bessere Ausstattung der betroffenen Behörden hat sich der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen in Deutschland ausgesprochen. Nach Einschätzung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge wird die Zahl der Schutzsuchenden in diesem Jahr um rund 50 Prozent steigen. Hintergrund sind insbesondere die Kriege in Syrien, im Irak und in der Ukraine. Auch die Zuwanderung aus EU-Staaten nach Deutschland bewegt sich dem Statistischen Bundesamt zufolge weiter auf hohem Niveau.

„Es ist gut, dass Deutschland den Flüchtlingen hilft und offen für Zuwanderung ist. Deutschland muss aber auch gewappnet sein für diesen Zustrom, und dazu gehört insbesondere eine aufgabengerechte Sachmittel- und Personalausstattung aller Behörden und öffentlichen Einrichtungen, die mit dem Zuzug von Menschen in die Bundesrepublik befasst sind“, sagte der dbb Chef am 4. März 2015 in Berlin. Es sei der öffentliche Dienst, der Flüchtlinge und Zuwanderer von der Erstaufnahme über die Unterbringung und Versorgung, die Abwicklung von Asyl- und Einbürgerungsverfahren bis hin zur Vermittlung auf dem Arbeitsmarkt und der Koordination von Integrationsmaßnahmen kontinuierlich begleite und betreue, machte Dauderstädt deutlich. „Dem aktuellen Ansturm sind die Kolleginnen und Kollegen vor Ort insbesondere in den Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder und in den Kommunen weder personell noch mit Blick auf die räumlichen Kapazitäten gewachsen“, kriti-

sierte der dbb Chef. Es sei einzig dem persönlichen Engagement und Einfallsreichtum der Beschäftigten zu verdanken, „dass das ganze System noch nicht zusammengebrochen ist. „Wer sich wie die Bundesrepublik klar zu Hilfe für Schutzsuchende, Zuwanderung und Integration bekennt, muss auch für adäquate Strukturen sorgen, damit diese Ziele für alle Beteiligten erträglich verwirklicht werden können. Die Behörden dürfen nicht alleine gelassen werden mit dieser großen Herausforderung“, forderte Dauderstädt.

Das dbb magazin berichtet in seiner aktuellen Ausgabe (März 2015) über die Arbeit der Zentralen Ausländerbehörde des Landes Brandenburg in Eisenhüttenstadt.

Das dbb magazin unter:
<http://www.dbb.de/presse/mediathek/magazine-uebersicht/magazine.html>
(02/08/15)

Bündnis für Koalitionsfreiheit verabschiedet Resolution - dbb: Bundestag muss Verfassungsbruch verhindern

(dbb) „Letztendlich ist der Bundestag Gesetzgeber und Hüter der Verfassung“, erklärte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 3. März 2015, zwei Tage vor der ersten Lesung zum Zwangs-Tarifeinheitengesetz im Parlament, vor der Bundespressekonferenz in Berlin. „Die von der Koalition geplante gesetzliche Einschränkung der Koalitionsfreiheit ist nach Ansicht der übergroßen Mehrheit der Verfassungsexperten ein eindeutiger Verstoß gegen die in Artikel 9 des Grundgesetzes geschützte Koalitionsfreiheit.“

Der dbb Chef erinnerte die Abgeordneten von SPD und CDU/CSU daran, dass die Grundgesetztreue wichtiger sei als die Koalitionsdisziplin. Dauderstädt: „Das mag pathetisch klingen, ist aber sehr ernst gemeint. Die Bundesregierung entzieht den kleineren Gewerkschaften die Existenzgrundlage, wenn sie ihnen die Möglichkeit nimmt, für die eigenen Mitglieder Tarifverträge abzuschließen.“

Am selben Tag stellte das Bündnis für Koalitionsfreiheit, dem neben dem dbb beamtenbund und tarifunion auch der Marburger Bund, der Deutsche Journalisten-Verband und die Vereinigung Cockpit angehören, der Öffentlichkeit die gemeinsame Resolution „Nein zum Grundrechtsbruch! Nein zum Tarifeinheitengesetz!“ vor. Darin heißt es unter anderem: „Wir lehnen es ab, dass gewerkschaftliche Freiheitsrechte aller Arbeitnehmer in diesem Land per Gesetz eingeschränkt werden sollen. Die Bundesregierung darf entsprechende Warnungen von renommierten juristischen Sachverständigen, Wirtschaftswissenschaftlern, Politikern und Gewerkschaftern nicht länger ignorieren.“ Und weiter: „Wer die Axt an die Koalitionsfreiheit legt, muss sich fragen lassen, welche freiheitlichen Grundrechte er als nächste einschränken

will.“ Niemand dürfe durch den Eingriff der Politik dem Tarifiediktat einer fremden Gewerkschaft unterworfen werden. „Wir fordern daher die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, keinen Grundrechtsbruch zuzulassen und den Regierungsentwurf des Tarifeinheitgesetzes zurückzuweisen“, so die in dem Bündnis zusammengeschlossenen Verbände.

Auch in einem Interview mit der „Nordwest-Zeitung“ (Ausgabe vom 3. März 2015) machte Dauderstädt noch einmal klar, dass der dbb einen gesetzlichen Zwang zur Tarifeinheit nicht akzeptieren werde: „Das Gesetz ist ein Eingriff in die Koalitionsfreiheit. Wenn im Streitfall nur der Tarifvertrag der mitgliederstärksten Organisation zur Anwendung kommen darf, sind wir auf dem Weg zur Einheitsgewerkschaft. Das hatten wir während des Nationalsozialismus und in der DDR schon mal. Die Väter unseres Grundgesetzes haben bewusst einen ganz hohen Rang für Artikel 9 vorgegeben. Wenn der Bundestag dieses Gesetz wirklich verabschiedet, werden wir einen Tag nach Inkrafttreten Beschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht einlegen.“
(03/08/15)

Mahnwachen vor CDU- und SPD-Zentralen – Widerstand gegen Gesetzesvorhaben wächst

(dbb) „Wir müssen den Spitzen von CDU/CSU und SPD auf den Pelz rücken“, erklärte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt zu Beginn der Mahnwachen gegen die Zwangs-Tarifeinheit vor den Parteizentralen der Koalitionsparteien am 2. März 2015 in Berlin.

Von 8 Uhr an wachen Mitglieder des dbb und anderer betroffener Gewerkschaften durchgehend bis zum Nachmittag des 5. März vor den Hauptquartieren von CDU und SPD und argumentieren gegenüber Passanten, Parteimitarbeitern und –vorständen gegen die geplante gesetzliche Einschränkung der Koalitionsfreiheit. Klaus Dauderstädt erklärte vor der CDU-Zentrale in der Klingelhöfer Straße: „In dieser

Woche findet die erste Lesung im Bundestag statt und die Koalitionäre sollen wissen, dass der Widerstand gegen diesen offensichtlichen Grundgesetzverstoß weiter wächst.“

Vor dem Willy-Brandt-Haus erwarteten der Zweite Vorsitzende des dbb Willi Russ und der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und dbbVize

Claus Weselsky die Mitglieder des SPD-Vorstands. Russ: „Jede Kollegin und jeder Kollege hat das Recht darüber zu entscheiden, ob und wo sie oder er sich organisiert. Wenn die Bundesregierung die Tarifpartnerschaft und damit das Streikrecht für kleinere Gewerkschaften gesetzlich ausschließt, sind diese in ihrer Existenz bedroht.“ Weselsky

ergänzte: „Warum soll man denn auch Mitglied einer Gewerkschaft werden, die man der Möglichkeiten zu wirksamer Interessenvertretung beraubt hat? Zwangstarifeinheit und Koalitionsfreiheit schließen sich aus.“

(04/08/15)

Tarifverhandlungen Landesbeschäftigte vertagt – Russ: „Wir brauchen ein werthaltiges Angebot und greifbare Ergebnisse“

(dbb) „Das war eine komplizierte und schwierige Verhandlungsrunde ohne große Fortschritte“, kommentierte der Zweite Vorsitzende und Verhandlungsführer des dbb, Willi Russ, am 27. Februar 2015 in Potsdam die erneute Vertagung der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder. „Es fällt mir schwer, auf dem jetzigen Verhandlungsstand Kompromisslinien zu erkennen“, erklärte Russ. „Natürlich ist die Haushaltslage für die Landesregierungen angespannt, aber die Kassenlage der Kolleginnen und Kollegen ist mindestens genauso schwierig.“

Der dbb-Verhandlungsführer forderte die Tarifgemeinschaft der Länder auf, bis zur entscheidenden dritten Verhandlungsrunde am 16./17. März 2015 endlich konstruktive Vorschläge zu erarbeiten, wie man sowohl bei den Lineareinkommen, als auch bei der Lehrereingruppierung zu tragfähigen Kompromissen kommen könne. Russ: „Wir brauchen ein werthaltiges Angebot und greifbare Ergebnisse. In der Frage der Lehrereingruppierung haben die Arbeitgeber uns einen Vorschlag verkaufen wollen, der aus unserer Sicht keine nennenswerten materiellen Verbesserungen enthält. Hier muss nachgebessert werden.“

Die Kolleginnen und Kollegen hätten lange genug auf ein substanzielles Entgegenkommen der Länder gewartet. Russ: „Vielleicht brauchen die Arbeitgeber noch ein paar 'Denkanstöße' der Beschäftigten. Deshalb rechne ich in den nächsten Tagen mit erneuten Warnstreiks und Protestaktionen. Unsere Schwerpunkte: Schulen, Straßenmeistereien, Unikliniken und die Justizverwaltung.“

Weitere Informationen zur Einkommensrunde gibt es online:

www.dbb.de/einkommensrunde2015

(05/08/15)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Behördenverlagerung: BBB kündigt „intensive Prüfung“ an

(dbb) „Die zahlreichen Einzelmaßnahmen stellen uns und unsere Gremien vor große Herausforderungen.“ Das stellte Rolf Habermann, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), zu den am 4. März 2015 bekanntgegebenen Absichten zur Behördenverlagerung in Bayern fest.

Man werde die Maßnahmen in enger Zusammenarbeit mit den Betroffenen intensiv prüfen und bewerten. Bereits jetzt sei festzustellen, dass die Beschäftigten an dem Projekt schon in der Planungsphase beteiligt worden waren. „Das erkennen wir sehr an“, so Habermann. Nach den derzeit vorliegenden Informationen

sei auch anzuerkennen, dass alle im Vorfeld gemachten Zusagen (vor allem Freiwilligkeit und Einbindung der Beschäftigten) eingehalten werden.

Finanz- und Heimatminister Markus Söder hatte dem BBB (als Interessenvertretung der Be-

schäftigten) die Vielzahl der nun geplanten Einzelmaßnahmen noch vor der allgemeinen Öffentlichkeit vorgestellt. „Wir werden jede für sich genommen unter die Lupe nehmen und am Ende das Gesamtkonzept einer kritischen Prüfung unterziehen, bevor wir unsere Stel-

lungnahme abgeben“, so BBB-Chef Habermann. Unter dem Stichwort „Behördenverlagerung“ hätten die meisten Beschäftigten in der Vergangenheit keine besonders guten Erfahrungen gemacht.

(06/08/15)

Schwitzer zur Neuordnung der Lehrerbesoldung: Mogelpackung

(dbb) Die Landesvorsitzende des dbb schleswig-holstein, Anke Schwitzer, hat den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Lehrkräftebesoldung in Schleswig-Holstein kritisiert. „Auf der Verpackung steht A13“, zum Vorschein komme dann aber „eine echte Mogelpackung“, erklärte Schwitzer am 4. März 2015.

„Wir finden es richtig, dass gleiche Arbeit und Verantwortung auch gleich vergütet wird. Wenn aber bei der Lehrerbesoldung von A13 gesprochen wird, dann muss auch genau gesagt werden, um welches Einstiegsamt es sich im jeweiligen Bereich handelt. Und hier weichen die Bezahlungen auch weiterhin voneinander ab. Einfach gesagt: Es bleibt alles beim Alten. Das ist kein großer Wurf im Sinne einer gerechten Bezahlung der Lehrerinnen und Lehrer im Land.“

„Wirkliche Verbesserungen treten nur ein für im Hauptschulbereich eingesetzte Lehrer mit der Befähigung für das Grund- und Hauptschullehramt. Sie erhalten eine Besoldung nach A13, während die an Grundschulen tätigen Kolleginnen und Kollegen in der Besoldungsgruppe A12 verbleiben“, so Schwitzer. „Der Gesetzentwurf bleibt deutlich hinter den Forderungen und Erwartungen des dbb und seiner Lehrgewerkschaften zurück.“

(07/08/15)

Niedersächsisches Besoldungsgesetz: Landesregierung verfehlt Ziel

(dbb) Der Niedersächsische Beamtenbund NBB hat sich enttäuscht über den Entwurf eines niedersächsischen Besoldungsgesetzes geäußert. Es sei ohne innovativen Ansatz, die Landesregierung habe das Ziel komplett verfehlt, erklärte der NBB am 27. Februar 2015. Wettbewerbsfähigkeit, Qualität und Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Niedersachsen würden so nicht gestärkt.

„Der Gesetzentwurf ist kein Startsignal für den Wettbewerb um die besten Kräfte, dem sich unser Land bereits zu stellen hat und deutlich verstärkt in den kommenden Jahren stellen muss“, erklärte der NBB-Landesvorsitzende Friedhelm Schäfer. Gebraucht werde ein innovativer Gesetzentwurf. „Wir setzen jetzt auf die Beratungen im Niedersächsischen Landtag, der sich seiner Verantwortung für den Erhalt einer hochqualifizierten Landes- und Kommunalverwaltung nicht entziehen darf“, so Schäfer.

„Notwendig sind unter anderem Verbesserungen bei der Wertigkeit der Einstiegsämter, deutliche Erhöhungen der Anwärterbezüge und die Veränderung der Besoldungstabelle mit dem Ziel, zu Beginn der Beamtenlaufbahn eine erkennbar bessere Besoldungssituation zu haben als bisher, ohne dabei an der geltenden Höhe der Endbesoldung Veränderungen herbeizuführen - übrigens alles Forderungen, die den Landeshaushalt nicht überfordern“, zeigte sich Schäfer überzeugt.

(08/08/15)

GDL: Verhandlungen werden fortgesetzt

(dbb) Nach acht Monaten Auseinandersetzung über die Zuständigkeit für Lokomotivführer/Lokrangierführer, Zugbegleiter/Bordgastronomen, Trainer/Instruktoren und Disponenten sowie die Tarifvertragsstruktur für diese fünf Berufsgruppen hat die Gewerkschaft

Deutscher Lokomotivführer (GDL) am 26. Februar 2015 mit der Deutschen Bahn in Berlin erstmals über die Inhalte des Flächentarifvertrags und der dazugehörigen Haustarifverträge des Zugpersonals verhandelt. Dabei ging es um deren konkrete Ausgestaltung, teilte die GDL mit.

„Nach dem langen Konflikt war klar, dass wir am heutigen Tag nicht gleich alle inhaltlichen Probleme lösen werden. Doch wenigstens die Grundlagen für die nächste Tarifverhandlung sind geschaffen“, stellte der GDL-Bundesvorsitzende und dbb Vize Claus Wesels-

ky fest. Am 13. März 2015 werden die Tarifverhandlungen in Frankfurt am Main fortgesetzt. Bis dahin werden die Themenblöcke in Sondierungen vorbereitet.
(09/08/15)

DPoIG Bundespolizeigewerkschaft warnt vor Verlusten durch Privatisierung

(dbb) Vor Millionenverlusten bei der Bundespolizei durch Privatisierungen hat die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft gewarnt. Der Vorsitzende Ernst G. Walter verwies am 2. März 2015 auf das Scheitern der privatisierten Kleiderkasse der Bundeswehr LHBw und die Gefahr von Riesenverlusten durch Privatisierungen auch in der Bundespolizei.

Es gehe weniger um die durch einen Elf-Millionen-Kredit vom Verteidigungsministerium (BMVg) vor dem Bankrott gerettete LHBw, sondern um den immer stärker privatisierten Bereich der Luftsicherheit, so Walter. Die Fälle unterschieden sich inhaltlich kaum voneinander.

Walter: „Wenn die Privatisierung der Luftsicherheitskontrollen in einem ähnlichen Desaster endet, und die Anzeichen dafür werden derzeit immer deutlicher, dann muss der Bund auch diese Privatfirmen erst teuer stützen und die Aufgabe schließlich wieder selbst wahrnehmen, um ein gefährliches Chaos im Luftverkehr zu verhindern und die Maßnahmen zur Terrorabwehr weiter sicherzustellen.“

Die von den Fluggästen zu entrichtenden Luftsicherheitsgebühren decken schon lange nicht mehr die exorbitant gestiegenen Kosten für die privaten Sicherheitsfirmen, die jährlich etwa

500 Millionen Euro verschlingen, machte Walter deutlich. Allein für das Jahr 2015 prognostizieren Haushaltsexperten der Bundespolizei eine Unterdeckung des Bundespolizei-Haushaltes von 85 bis 100 Millionen Euro bei den Kosten für die privaten Sicherheitsunternehmen, die zudem immer häufiger trotz vertraglicher Verpflichtung noch nicht einmal dazu in der Lage seien, das von der Bundespolizei angeforderte Personal zur Durchführung der Luftsicherheitskontrollen in ausreichender Anzahl bereitzustellen.

„Auch wenn es heute ‚nur‘ die Kleiderkasse der Bundeswehr ist, die zugleich einen Großteil der Dienstbekleidung für die Bundespolizei vertreibt, es handelt sich um ein weiteres Beispiel von gescheiterter Privatisierung einer früher in staatlicher Hand geführten Aufgabe“, so Walters Fazit.
(10/08/15)

Namen und Nachrichten

(dbb) „Der Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU/CSU birgt aus frauen- und gewerkschaftspolitischer Sicht noch Arbeitsaufträge.“ Darauf hat **Helene Wildfeuer**, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 25. Februar 2015 am Rande einer Feier der SPD-Bundestagsfraktion anlässlich des bevorstehenden Internationalen Frauentages (8. März) hingewiesen. „Noch ist die Quote für Führungspositionen nicht Gesetz und auch das

Entgeltgleichheitsgesetz ist noch lange nicht fertig. Ich hoffe, dass zumindest das Führungspositionengesetz am 6. März 2015 endlich vom Bundestag verabschiedet wird“, so Wildfeuer. „Wir haben lange genug auf die Wirkung der freiwilligen Selbstverpflichtung gewartet. Jetzt ist die Zeit reif für die Quote.“

Der befristete Warnstreik am 18. Februar 2015 bei der Verkehrsgesellschaft Wiesmoor mbH

(Landkreis Aurich) hat Wirkung gezeigt. Der Arbeitgeber hat seine Bereitschaft erklärt, mit dem **dbb** einen ersten Gesprächstermin zu vereinbaren. Dieser Termin wird noch im März 2015 stattfinden. dbb und die unter seinem Dach organisierte Nahverkehrsgewerkschaft (**NahVG**), die zu dem Warnstreik aufgerufen hatte, werden in dem Gespräch die berechtigten Forderungen gegenüber dem Arbeitgeber deutlich machen. Das sind unter anderem:

Aufnahme von Tarifverhandlungen für einen Haustarifvertrag für die Beschäftigten der VGW, Verbesserungen der geltenden Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen sowie finanzielle Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten für alle Beschäftigten. Aufgrund des mehrstündigen Warnstreiks waren am 18. Februar zahlreiche VGW-Fahrten ersatzlos ausgefallen. (11/08/15)